Wir sind Bürgermeister - Was tut sich mit Björn Griese in Warin? SEITE 2

WAS WILL ‚FRIDAY FOR FUTURE'? Was will die freitags streikende Jugend? Seite 4

15 JAHRE HARTZ IV Eine kritische Bilanz nach 15 Jahren von Katja Kipping Seite 8

der WELLENBRECHER

Informationsblatt des Kreisverbandes DIE LINKE. Nordwestmecklenburg

DIE LINKE. Kreisverband Nordwestmecklenburg

7. Jahrgang / Ausgabe 44 - Nr. 2 / 2019 www.die-linke-nwm.de

Resolution mehrheitlich beschlossen

Kreistag mit deutlichem Signal gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus

Von Björn Griese

Die vergangene Kreistagssitzung war geprägt von zwei Themen: Die Diskussion um die Veränderung der Entschädigungen nach der neuen Entschädigungsverordnung des Landes und eine Positionierung der Kreistagsmitglieder gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus anlässlich des grausamen Mordanschlags in Halle.

Zur Entschädigungsverordnung gab es im Vorfeld mehrere Abstimmungen innerhalb und zwischen den demokratischen Kreistagsfraktionen. Nach dem zwischenzeitlichen Konsens zum bisherigen, nicht vorhandenen Sockelbetrag in Höhe von 150€ (der Hälfte des in der Verordnung möglichen Betrages), distanzierte sich die SPD schnell wieder davon.

Auch in unserer Fraktion gab es kritische Stimmen – insbesondere, weil auf der anderen Seite die Bezüge für die Mitglieder des Senioren- und Behindertenbeirates nur marginal steigen sollten. Dazu formulierten wir zum Kreistag einen Änderungsantrag, der auch die mehrheitliche Zustimmung fand.

Grundsätzlich sind wir der Auffassung, dass die ehrenamtliche Arbeit auch entsprechend gewertschätzt werden soll. Ein Blick über den Tellerrand zeigt, dass in anderen Kreisen und Ländern ganz andere Beträge zur Debatte stehen. Für uns ist es selbstverständlich, ähnlich wie bei den Linksfraktionen in Bund und Ländern, einen Teil dieser höheren Bezüge für soziale Zwecke zu spenden.

Provokant wurde so auch die Frage im Kreistag gestellt, ob die SPD-Fraktion ähnliches tut, wenn die Mehrheit den Sockelbetrag beschließt und diesen dann natürlich alle Kreistagsmitglieder erhalten. Wir werden sehen, wie nach dieser teils emotionalen Debatte in den kommenden Monaten damit umgegangen wird.

Noch heißer her ging es bei der Diskussion um die von uns initiierte Resolution gegen Antisemitismus und Rechtsextremismus, die alle demokratischen Fraktion gemeinsam einbrachten. Horst Krumpen machte für unsere Fraktion deutlich, dass sich Vorfälle wie in Halle nicht wiederholen dürfen und dass es dafür nötig ist, sich mit den – auch ideologischen – Ursachen auseinanderzusetzten, satt nur reflexartig die Verschärfung von Gesetzen zu fordern.

Die Afd-Fraktion fühlte sich berufen, eine Änderung der Resolution zu beantragen: Statt Rechtsextremismus sollte nach ihrem Willen „Extremismus jeglicher Couleur" darin stehen. Dazu antwortet Horst Krumpen deutlich, dass wir nicht gewillt sind, ein Stück von dem Resolutionstext abzuweichen und es der AfD nicht zusteht, gerade bei diesem Thema in Frage zu stellen, dass rechtsextreme Hintergründe die Motivation für den Attentäter von Halle waren. AfD-Ideologie ist teil dieses rechtsextremen Nährbodens und dies hier relativieren zu wollen ist mehr als scheinheilig.

Am Ende wurde die Resolution mehrheitlich beschlossen, wenn auch nicht ausnahmslos von allen Mitgliedern der demokratischen Fraktionen.

In Zahlen:

Gleich bleibt das Sitzungsgeld für die Kreistags- und Ausschussmitglieder in Höhe von 40 Euro. Steigen werden die funktionsbezogenen Aufwandsentschädigungen, die beispielsweise die Fraktions- und Ausschussvorsitzenden erhalten. Derzeit erhält der Kreistagspräsident 960 Euro pro Monat, die Stellvertreter jeweils 220 Euro. Die Fraktionsvorsitzenden erhalten pro Monat 520 Euro (bei einer Fraktionsstärke von 4 bis 9 Mitgliedern) und 560 Euro (bei 10 bis 20 Mitgliedern). Wenn eine Fraktion keine Geschäftsführung beschäftigt, wird die Aufwandsentschädigung für den Fraktionsvorsitzenden um 50 Prozent angehoben. (d. Red.)

Wahlen - Ergebnisse - und wie geht es weiter?

Liebe Genossinnen und Genossen, die Europawahlen und Kommunalwahlen des Jahres 2019 sind Geschichte und wir stehen wieder einmal am Ende eines Wahljahres. Die Ergebnisse sind im Bereich der Europawahlen indiskutabel schlecht. Mein persönliches Fazit ist schlicht und ergreifend: Eine Partei, die personell und organisatorisch so aufgestellt ist, dass sie es nicht schafft Wahlkämpfe optisch und organisatorisch auf eine Linie zu bringen und die dann nach der Verabschiedung des Europawahlprogrammes in einen parteiinternen Richtungsstreit verfällt, die wird bei den Wählerinnen und Wählern keine Zustimmung finden.

Bei den Kommunalwahlen konnten wir erfreulicherweise dank der

guten Arbeit vor Ort und dank viele engagierter Kandidatinnen und Kandidaten mit einem „blauen Auge" davon kommen. Die Fraktionen in den Kommunen und im Kreis haben Ihre Arbeit begonnen und melden sich vernehmlich zu Wort. Der Kreisvorstand gratuliert allen gewählten und dankt von Herzen all denen, die sich im Wahlkampf so engagiert eingebracht haben. Besonderer Dank auch an alle, die trotz Ihrer guten Arbeit leider kein Mandat mehr erringen konnten.

Was die Arbeit der Partei angeht, so sehen die Planungen des Landesvorstandes leider nicht sehr positiv aus. Kleine Kreisverbände, wie der unsrige finden in den jetzigen Ideen zur Planung der Finanzen leider nicht mehr die so oft von uns politisch geforderte Solidarität. Wenn die Ideen des Landesvorstandes auf dem Landesparteitag am 1. Dezember eine Mehrheit finden, so werden uns nur noch 7,6 % der von euch gezahlten Mitgliedsbeiträge verbleiben. Dies bedeutet konkret ein deutliches Minus in unserer Kasse. Ich bin froh und dankbar über jeden, der seinen Beitrag satzungsgemäß entrichtet. Noch glücklicher werden wir aber in der Zukunft sein, wenn Spenden und Mandatsträgerbeiträge in der Kasse des Kreisverbandes ankommen. Mitgliedbeiträge werden bei den jetzigen Plänen im Prinzip fast komplett abgeführt werden – Spenden und Mandatsträgerbeiträge verbleiben jedoch zu 100 % in der Kasse des Kreisverbandes. Ich bitte euch deshalb sehr herzlich darum genau zu überlegen, wie ihre dem Kreisverband finanziell am besten helfen könnt. Sollten die Beiträge und Spenden so bleiben wie bisher, so stehen die Frauentagsblumen und die Teilnahme an der Hanseschau bald auf unserer Streichliste. Eine Ausweitung der politischen Arbeit,

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

oder gar Rücklagen für zukünftige Kommunalwahlen werden wir dann wohl nur noch mit gr0ßer Mühe stemmen können.

Es verbleiben jedoch noch einige Wochen um andere Kreisverbände für eine Beitragsmodell zu gewinnen, dass die Abführung stufenweise, nach Mitgliederzahl gestaffelt, vorsieht. Dieses Modell ist von unserem Kreisvorstand eingebracht worden, um somit auch als kleiner Kreisverband, gestützt durch die großen Kreisverbände, die Arbeit wenigstens mit einer schwarzen Null fortführen zu können.

Der bisherige Landesvorstand steht am 1. Dezember allerdings auch zur Wahl und wir werden diesen Vorstand auch an seinen bisherigen Versprechungen zu messen haben. Immerhin hatte der Landesvorsitzende eine Verdopplung der Mitgliederzahlen in Aussicht gestellt und z.B. ein Internetradio versprochen – leider beides ohne Erfolg.

Ihr seht, auch ohne Wahlen bleibt die Arbeit der LINKEN und in der LINKEN eine Herausforderung.

Ich freue mich auf euer weiterhin starkes Engagement vor Ort und setze auf eure Unterstützung. Gerade in diesen Zeiten ist es wichtig politisch klare Kante zu zeigen und einen eigenständigen Kurs zu verfolgen. Euch und euren Familien Dank für die Arbeit des letzten Jahres und eine erholsame ruhige besinnliche und friedvolle Weihnachtszeit und einen gesunden Jahreswechsel.

Euer Kreisvorsitzender
Horst Krumpen

der WELLENBRECHER
Herausgegeben vom:
Kreisverband DIE LINKE
ABC-Str. 3, 23966 Wismar

DIE LINKE.
NORDWESTMECKLENBURG

Redaktion:
Sonja Bahlk, Karl-Heinz Bethke, Uwe Boldt, Helga Brauer, Wolfgang Griese, Peter Vorbau u. Frank Wuttke

Kontakt:
Fon: (03841) 28 35 55
Fax: (03841) 20 19 79
Mail: info@die-linke-nwm.de
Internet: www.die-linke-nwm.de
Redaktionsschluss: 15.07.2019

Wir sind Bürgermeister

Was tut sich mit Björn Griese in Warin

Von Ute Spriewald

Nach überwältigendem Wahlerfolg und einem sehr engagierten und als Team geführtem Wahlkampf ist die Erwartungshaltung der Warinerinnen und Wariner an ihren neuen Bürgermeister hoch.

Gleiches gilt für das Mehrheiten bildende Team in der Stadtvertretung – die Wählergemeinschaft GWG mit erfahrenen linken Stadtvertretern Wolfgang Griese und Andreas Spriewald (Gemeinsam Warin Gestalten) und der unterstützenden Wählergemeinschaft ZWO (Zukunft Warin Ortsteile). Schonzeit gab es nicht, dafür sorgte gezielte Meinungsmache der unterlegenen CDU-Klicke. Zudem ist bereits Beschlossenes umzusetzen und sind laufende Projekte und Vorgänge zu Ende zu bringen. Mitsprache und demokratische Meinungsbildung in Wählergemeinschaften sind anstrengend und aufwendig, aber nötig. Bei den vielen „Neuen“ in der Stadtvertretung gehört zudem eine gewisse Profilierungsphase und vielleicht etwas unbedachte Äußerung einfach dazu, zumal es an Provokationen und Unterstellungen nicht mangelt. Kurz um, die Warinerinnen und Wariner sind noch nicht rundherum zufrieden mit den neuen Machtverhältnissen.

Björn schlägt sich gut. Er führt regelmäßig Sprechstunden durch, ist Ansprechpartner für jede und jeden, sucht an jedem Montag das Amt auf und ist einfach unheimlich fleißig und präsent. Sehr gut kam die Baumpflanzaktion am 3. Oktober auf dem Kita-Gelände an. Zwei riesige Baustellen werden die Nagelprobe dafür sein, ob Björn und die neue Mehrheit in der öffentlichen Meinung scheitern oder bestehen werden.

So wurde jüngst durch die Stadtvertretung die Frist verlängert, bis ein Investor einen Bauantrag für das Krankenhausgelände zum Umbau für eine Pflegeeinrichtung einreichen muss. Hier unterstellte man uns Linken vor der Wahl, dass wir das Projekt vereiteln wollen. Das stimmt nicht. Auch wir wären froh über die Beseitigung des größten Schandfleckes der Stadt, eine weitere Einrichtung für pflegebedürftige Menschen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Aber angesichts einer Grundsteinlegung ohne Bauantrag und Finanzierungsplan sowie eines Zeitrahmens, der erkennbar nicht funktioniert, war und ist eine gewisse Skepsis angebracht. Mit der Fristverlängerung wurde dem Investor ein klares Signal gesetzt: Wir geben Zeit, damit er sein Projekt voranbringen kann.

Eine weitere unendliche Geschichte ist der Neubau einer Strandgebäudes. Das alte Gebäude ist abgerissen. Ein neues Gebäude wurde bereits 2014 geplant und scheiterte an den Kosten. Die Umplanung erfolgte, aber die Kosten sollten noch höher sein. Deshalb wurde die Reißleine gezogen. Die zugesagte EU-Förderung wurde zurückgegeben, ein neuer Antrag gestellt. Die Krux dabei, ein Vertrag mit einem Planungsbüro besteht bereits, eine Umplanung des Projektes lässt aus Kapazitätsgründen auf sich warten und während dessen steigen die Baukosten weiter.

Mit Björn und dem Bündnis bewegt sich Einiges. Endlich geht es mit dem Bebauungsplan Nr. 27 weiter, der mit seiner Ausweisung als Mischgebiet Mieterinnen und Mietern am Ziegelberg sichert, dass sie in ihrer barrierearm umgebauten und bezogenen Wohnungen weiterhin leben dürfen. Das stellt bislang ein Rechtsstreit in Frage. Auch konnte im Sozialausschuss erreicht werden, dass in der kommenden Sitzung der Stadtvertretung eine Mehrheit für die Bestellung eines Beauftragten für Gleichstellung, Senioren und Behindertenarbeit sowie eines Kinder - und Jugendbeirates als sicher gilt. Beides soll dann in die Hauptsatzung aufgenommen werden. Aktionen, welche die Stadt erblühen lassen sollen, sind ebenfalls auf dem Weg. Motiviert sind alle, erste Erfolge sind wichtig und tun gut.

Schon eine Tradition

Dicht umlagert war auch dieses Jahr der Stand der Gadebuscher Linksfraktion zum diesjährigen Herbstmarkt. Neben Obst, Gemüse, einer Kürbissuppe, Blumensträuße, kleinen Basteleien und einer kleinen Lichtershow war auch unsere Popcornmaschine im Dauereinsatz und erfreute Jung und Alt.

Und wie immer kommt der Erlös einem Gadebuscher Verein zugute um die Kinder und Jugendarbeit zu unterstützen.

Wir möchten uns auf diesem Weg bei allen Sponsoren und tüchtigen Helfern herzlich bedanken. Ohne diese Unterstützung wäre das reichhaltige Angebot und die Betreuung über viele Stunden nicht möglich gewesen.

Herzlichen Dank

Eigenes kommunalpolitisches Profil schärfen

Wismarer Bürgerschaftsfraktion stellt sich neuen Bedingungen

Nach den Kommunalwahlen war klar, die Verhältnisse in der Bürgerschaft werden sich grundlegend wandeln. Nicht nur unser Verlust von zwei Sitzen in der Bürgerschaft sondern auch die Struktur im Stadtparlament wird uns in den kommenden 5 Jahren vor große Herausforderungen stellen.

Insgesamt 37 Abgeordnete in 7 Fraktionen sowie 2 fraktionslose Abgeordnete müssen in der Bürgerschaft zu tragfähigen Entscheidungen zum Wohle der Bürger der Stadt Wismar kommen. Das wird nicht Einfach. Die programmatischen Unterschiede von SPD, CDU, AfD, Grüne, FDP , Für Wismar-Forum und der Partei DIE LINKEN sind recht groß. Eine erste Probe zum Abstimmungsverhalten war mit der Wahl des Bürgerschaftspräsidenten gegeben. Üblicherweise hat die stärkste Fraktion das Zugriffsrecht für diese Funktion. Doch nachdem in der ersten Abstimmung der SPD-Kandidat Tilo Gundlack mit 16 ja- und 21 nein-Stimmen durchgefallen war, wurde ein 2. Wahlgang anberaumt, in dem sich die Abgeordnete der Für Wismar Fraktion , Frau Prof. Dr. Mönch-Kalina selbst für dieses Amt vorschlug. Dass dann das Wahlergebnis mit

19 Stimmen für die Kandidatin der ‚Für Wismar Fraktion‘, bei 17 Stimmen für den SPD-Kandidaten und einer ungültigen Stimme ausging war wohl sicher kein Zufall. Auch wenn die Abstimmungen in geheimer Wahl durchgeführt wurde, ist bei der Annahme, dass weder SPD noch DIE LINKE für die Gegenkandidatin gestimmt hat, davon auszugehen, dass die Wahl mit Stimmen der AfD erfolgt ist. Das stimmt Nachdenklich.

Für unsere Fraktion ist es unter diesen Bedingungen besonders wichtig ein klares Profil auf Grundlage unseres Wahlprogramms zu entwickeln. Wir wollen ein nach außen hin deutlich anderes kommunalpolitisches Handeln sichtbar machen.

So ist es bereits auf unseren Antrag hin gelungen einen neuen Ausschuss ‚für nachhaltige Entwicklung, Umwelt und Klimaschutz‘ zu bilden. Im weiteren konnten wir die bisherige Praxis, dass nur Bürgerschaftsmitglieder Ausschussvorsitzende werden können, entsprechend der geltenden Rechtsvorschriften dahingehend ändern, dass auch ‚Sachkundige Einwohner‘ in diese Funktion gewählt werden können. Aktuell arbeiten wir daran, dass die Gewinne des Pflegeheimes für die Aufwertung der Arbeitsverhältnisse in diesem Bereich und somit zur Gewinnung des erforderlichen Pflegepersonals eingesetzt werden und dass bei Auftragsvergaben zwingend die die Zahlung von Mindestlohn und höher vorgeschrieben wird.

Mit dieser Intensität will die Fraktion weiter ihr sozial- und kommunalpolitisches Profil schärfen und nach neuen, wirksameren Formen der Öffentlichkeitsarbeit suchen.

Wir werden unsere Arbeit weder verwaltungskonform noch fundamentalkritisch ausrichten. Dazu gilt es sich mit den progressiven Kräften der Bürgerschaft, wie der fraktionslosen Abgeordneten der Grünen, Britta Fust, und anderen zu verbünden.

Reinhard Sieg

Mitglieder der Fraktion DIE LINKE:

Reinhard Sieg - Fraktionsvorsitzender, Mitglied im Präsidium der Bürgerschaft

Christa Hagemann - 2. Stellv. Präsidentin der Bürgerschaft und Mitglied im Ausschuss Kultur, Sport, Jugend, Bildung und Soziales

Prof. Marion Wienecke - stellv. Fraktionsvorsitzende und Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und kommunale Betriebe

Horst Krumpen - Mitglied im Rechnungsprüfungsausschuss

Renate Lüders - Mitglied im Hauptausschuss

Sachkundige Einwohner:

Andreas Behm - Mitglied im Finanzausschuss

Bernd Hilse - Behindertenbeauftragter

Roland Kargel - Vorsitzender im Bau- und Sanierungsausschuss

Dr. Gabriele Sauerbier - Mitglied im Eigenbetriebsausschuss

Robert Alexander Warna - Mitglied im Verwaltungsausschuss

Fraktionsgeschäftsführer:

Harald Kothe

DIE LINKE. NWM im neuen häuslichen Kleid!

Die Kommunal- und Europawahl 2019 ist vorüber und in den meisten Gemeinden und Städten haben die neu gewählten Kommunalvertretungen sich konstituiert. Nach der Wahl gingen die meisten Wahlkampfhelfenden und Kandidierenden in die wohlverdiente Sommerpause. Es war ein anstrengender Wahlkampf!

Nicht ganz, es stand noch der Umzug der Kreisgeschäftsstelle auf unserem Plan. Anhänger, Umzugshelfende, Umzugskartons, Sperrmüll sowie Parkverbotszone mussten organisiert werden. An dieser Stelle möchte ich noch einmal allen Beteiligten meinen Dank aussprechen. DANKE!!!

Am 26. und 27. Juni 2019 war es dann soweit – wir ziehen um! Ihr mögt mir glauben wenn ich sage, so schnell möchte ich nicht wieder umziehen. Es sammelt sich eben doch eine ganze Menge an Müll an, wenn man den Platz hat. Es blieb also nicht aus, dass wir uns von einigen Sachen trennen mussten. Seit dem 01. Juli 2019 sind wir mit unserer Kreisgeschäftsstelle, in der ABC-Str. 3a in 23966 Wismar, zu finden. Die Sprechzeiten haben sich nicht verändert.

Parken: Die ABC-Str. 3a hat leider nicht so viele Parkmöglichkeiten. Deshalb empfehlen wir das Parkhaus Altstadt-Hafen, Parkplatz Stockholmer Str. oder den Sandparkplatz hinter dem ZOB zu nutzen.

Ich freue mich auf einen Besuch von Euch/ Dir.

Mario Menzzer
Regionalmitarbeiter

Konstituierung und Neuwahl des Vorstandes des Beirat für Menschen mit Behinderung

Nachdem sich der neu gewählte Kreistag konstituierte, stand diese Aufgabe auch für den Beirat für Menschen mit Behinderung in unserem Kreis am 14. August an.

Der Kreistag bestätigte einen Beirat mit insgesamt 27 Mitgliedern.

Die Mitglieder benannten die ständigen beratenden Teilnehmer (ohne Stimme) des Beirates an den Ausschüssen Soziales, Bau und Bildung.

Der Vorstand des Beirates wurde wie folgt gewählt:

- Vorsitzender: erneut Wolfgang Griese
- 1. Stellvertreter: Bernd Hilse
- 2. Stellvertreterin: Heidrun Lange
- Schriftführerin: Claudia Tamme
- Beisitzer: Wolfgang Itter.

Damit vertreten nun zwei Mitglieder unserer Partei, delegiert von der Fraktion DIE LINKE des Kreistages, den Vorstand des Beirates.

kommunalpolitisches forum
Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Das "kommunalpolitische forum Mecklenburg-Vorpommern e.V." ist eine der Partei DIE LINKE nahestehende Vereinigung. Sie wurde am 25. Januar 1992 gegründet.

Der Zweck des Vereins ist die Beförderung einer demokratischen Kommunalpolitik. Ganz im Sinn der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern und der Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern ist die Tätigkeit des Vereins darauf gerichtet, einen Beitrag bei der selbstbestimmten Ausgestaltung der Demokratie durch die Menschen im Land zu leisten und den Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern sowie allen kommunalpolitisch Interessierten zu helfen, die kommunale Selbstverwaltung in den Gemeinden und Kreisen aktiv zu gestalten.

Der Verwirklichung dieses Zieles dienen:

- Bildungsveranstaltungen zu den Fragen der kommunalen Selbstverwaltung
- Erfahrungsaustausche zwischen den Mitgliedern kommunaler Vertretungen und Interessierter zu aktuellen Fragen der Erfüllung der Aufgaben in den Kommunen
- Herausgabe von schriftlichen Materialien als Handreichung für Kommunalvertreterinnen und Kommunalvertretern

Die Bildungsveranstaltungen stehen allen Bürgern unseres Landes offen und sind kostenfrei.

Der Verein bietet ganzjährig Bildungsveranstaltungen in allen Regionen bzw. Orten unseres Landes an. Dabei sind unsere ehrenamtlichen Außenstellenleiter eine unverzichtbare Stütze.

Wir bieten zentral konzipierte Themen an, greifen aber auch alle Anregungen aus den Landkreisen und kreisfreien Städten auf. Wer also Interesse hat, melde sich bei uns oder informiere uns über seine Fragen und Probleme.

Michael Heinze

Was will ‚Friday for Future'?

1,4 Mio. Menschen am 20.09.2019 in Deutschland zur Demo auf der Straße

In Rostock zogen Menschen aller Altersgruppen durch die Innenstadt. Mit Sprechchören, Trillerpfeifen und Transparenten forderten sie unter anderem eine Begrenzung des CO2-Ausstoßes, mehr Angebote im öffentlichen Personenverkehr und weniger Kreuzfahrttourismus.

Was will die freitags streikende Jugend? Nichts weiter als, dass Politiker ihre Verantwortung die sie gegenüber den Menschen in ihren Ländern haben, wahrnehmen.

Regierungen aus 195 Ländern haben das Pariser Klimaabkommen unterzeichnet, in dem sie sich verpflichten, die Erderwärmung bei möglichst 1,5 Grad gegenüber dem Niveau von vor der Industrialisierung zu stoppen. Damit folgt dieses Abkommen der gegenwärtigen Kenntnis der Wissenschaft, die davon ausgeht, dass bei ca. 2 Grad Erderwärmung die weitere Klimaentwicklung außer Kontrolle gerät und bedrohlich für viele Millionen Menschen wird. Die eintretenden materiellen Schäden durch Stürme, Starkregen, Anstieg des Meeresspiegels, Dürren, Versteppungen ganzer Landstriche, Trinkwassermangel usw., sind gegenwärtig nicht abschätzbar.

Auch in Wismar trafen sich am 20.September, dem weltweiten Aktionstag dieser Bewegung, ca. 350 Demonstranten, Jugendliche, deren Eltern und Großeltern, zur Kundgebung auf dem Marktplatz. Ein anschließender Marsch durch die Altstadt, der wiederum auf dem Markt endete, beschloss die ca. zweistündige Veranstaltung. Zurzeit gibt es in MV 17 und bundesweit ca 600 unterschiedlich große regionale Organisationsstrukturen dieser Jugendbewegung.

Das zeigt Wirkung.

Aktuell wird von den politischen Parteien, der Bundes- und Landesregierungen sowie der Kommunalverwaltungen und der dazugehörigen Parlamente, mehr oder weniger hilflos agiert. Jeder versucht irgendwie der Jugend und der Wissenschaft zu signalisieren, dass sich etwas in positiver Richtung bewegt. Klimakabinett, Klimapaket, CO2 Bepreisung, EEG- Umlage, Ausrufung des Klimanotstandes und andere Stichworte zeigen, dass strategisches Regierungshandeln irgendwie anders aussieht.

Es steht die Grundsatzfrage, ob Politik den entfesselten Kapitalismus überhaupt bändigen und die Gier nach immer höheren Gewinnen stoppen kann. Kann die uneingeschränkte Ausbeutung der Natur, der Bodenschätze, die Verschwendung von Lebensmitteln, Rohstoffen und Naturräumen um des immer weiter steigenden Profits Willen gebremst werden.

Schwer vorstellbar.

Es wird deutlich, und dieser Realität müssen sich jetzt alle Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft stellen, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem scheinbar seine Grenzen erreicht hat. Es gibt nur eine Erde mit begrenzten Ressourcen, unbegrenztes Wirtschaftswachstum ist unmöglich.

Mit diesem Wissen ausgestattet und mit der berechtigten Angst, dass aktuelle Politik diesen dringend notwendigen Kurswechsel vergeigt, hat ein großer Teil der Jugend die Initiative ergriffen, sich jeden Freitag deutlich hörbar zu Wort zu melden und die aktuell verantwortlichen Politiker zu mahnen, ihre Pflicht für künftige Generationen zu tun.

Was heißt es für uns?

Für unsere Partei, die ökologische Fragen immer im Zusammenhang mit sozialen und Friedensfragen lösen will, bedeutet es Antwort zu geben, ob diese Ziele unter aktuellen Wirtschaftsbedingungen erreichbar sind. Bisher sind wir bei Zieldefinitionen in den Programmen stehen geblieben. Wir konnten den Menschen nicht erklären, wie wir unsere Ziele erreichen wollen und die Erfahrung hat gezeigt, diese auch nicht erreicht wurden.

Dadurch verloren wir Zuspruch.

Also kommt es jetzt darauf an ein Gesellschaftsmodell, im Zusammenhang mit den grundlegenden Zukunftsfragen einer anderen, nicht von Profitgier geprägten Wirtschaftsform, in breiter gesellschaftlicher Diskussion, zu entwerfen. Es lohnt darüber nachzudenken, wie denn ein nachhaltiges, friedliches und soziales Zusammenleben in unserem Land, in Europa und auf der Erde aussehen soll und kann. Eine Gesellschaft, die auch künftigen Generationen einen lebenswerten Planeten bieten kann. Das ist die berechtigte Erwartung der Jugend.

U.B.

Der Doppelhaushalt der Landesregierung – ein doppeltes Spiel

Alles muss raus. Sommerschlussverkauf der Landesregierung. Eine Rekordsumme von mehr als 9 Milliarden Euro geht über die Ladentheke. In diesem Haushalt stecken wirklich positive Entscheidungen. So erhalten die Kulturschaffenden wesentlich mehr Geld für die freie Projektförderung. Die Investitionen in den Brandschutz haben endlich auch ihren Platz im Haushalt gefunden. Ebenso wird das Budget für die Opferambulanzen endlich aufgestockt. Erstmals fließen nämlich auch Landesmittel in den Erhalt kommunaler Fernradwege. Und 10 Millionen Euro für die Unterstützung der Schulträger bei der Digitalisierung sind wirklich kein Pappenstiel.

Auch die 200.000 Euro Fahrtkostenzuschüsse für die Lehramtsstudierenden möchte ich erwähnen, denn die waren ja aus mit den Worten der Koalition und der damaligen Bildungsministerin der totale Quatsch, als wir die Fahrkostenzuschüsse vor anderthalb Jahren beantragten und sie waren unnötig und nicht hilfreich, als wir sie nochmals vor vier Monaten einforderten.

So ging es uns mit einer Reihe von Vorschlägen, Haushaltsanträgen und Ideen. Egal, ob es der kostenlose Kitabesuch, die bessere Gesundheitsförderung oder die dringend notwendige finanzielle Unterstützung der Kommunen war – immer und immer wieder hat die Landesregierung diese so notwendigen Ausgaben klein geredet und zusammengespart. Denn die Linke war es, die bereits 2011 gegen den Ausverkauf der Kultur in Mecklenburg-Vorpommern auf die Straße gegangen ist und eine Volksinitiative unterstützt hat. Wie oft haben wir auf die desolate Personalsituation der Polizei aufmerksam gemacht, zusätzliche Stellen beantragt, damit zum einen die Sicherheit im Land zunimmt und zum anderen nicht weiter die Polizistinnen und Polizisten mit Überstunden derart belastet werden, dass es auf keine Kuhhaut mehr geht.

All diese guten Vorschläge waren für SPD und CDU nur Sonderangebote einer Linksfraktion, die nicht haushalten kann, die nur Geld ausgibt. Und ständig musste auch das Totschlagargument herhalten: Die Rücklage ist nur einmal da und kann nicht für laufende Kosten herhalten. Nun hat die Landesregierung mit diesem Haushalt von 9,235 Milliarden Euro kräftig in die Kasse gegriffen, denn sie will im Jahr 2020 326 Millionen aus der Ausgleichsrücklage und 2021 nochmals 130 Millionen – also insgesamt fast eine halbe Milliarde - nehmen.

Damit ist nicht nur Ihre beliebteste Ausrede Geschichte, sondern auch ein Großteil der Ausgleichsrücklage. Da haben die Abgeordneten der Koalition wohl vergessen, dass es diese Ausgleichsrücklage nur einmal gibt. Das Geld ist also schon immer da gewesen. Warum hat aber die Landesregierung solange gewartet, endlich Verbesserungen herbeizuführen? Warum müssen Grundschullehrkräfte seit mehr als 6 Jahren auf ihre gerechte Vergütung, und damit auf mindestens 500 Euro monatlich warten?

Wenn die seit mehr als 13 Jahren angekündigte Kitabeitragsfreiheit endlich kommt und sie laut Aussagen der Ministerpräsidentin die größte Lohnerhöhung ist…- warum haben die Koalition dann Eltern mehr als 10 Jahre diese Lohnerhöhung verweigert? Kinder, die zu Beginn dieser Versprechungen in der großen Gruppe des Kindergartens waren, haben bereits ausgelernt oder ihr Abitur in der Tasche oder sogar mit dem Studium begonnen – wenn es ein Lehramtsstudium war, dann auch wieder abgebrochen. Warum musste die Personalsituation bei der Polizei erst diesen dramatischen Zustand erreichen und den Städten sowie Dörfern das Wasser bis zum Hals stehen? Über Jahre wurden die Kommunen, die Eltern, die Polizisten, die Erzieherinnen und Lehrkräfte hingehalten und nun wird im Vorwahlhaushalt alles rausgeworfen. Das ist keine Meisterleistung. Das ist das Ergebnis des Drucks der Unzufriedenheit der Bevölkerung, des Drucks der Opposition, des Drucks der bevorstehenden Wahlen und der sinkenden Akzeptanz der Regierung.

Dieser Haushalt kommt zu spät. Die Personalsituation in den Gerichten, in den Schulen und Kitas hat die Koalition durch ihren Geiz und Sparwahn in den vergangenen Jahren mit Karacho gegen die Wand gefahren. Dieser Haushalt wird Mecklenburg-Vorpommern nicht davor bewahren, das Land der Schul- und Ausbildungsabbrecher zu bleiben, das Land der Niedriglöhner und Leiharbeiter zu bleiben und das Land mit der geringsten Wirtschaftskraft zu bleiben. Wir werden Änderungsvorschläge in die Beratungen einbringen, wieder wird man sie arrogant vom Tisch wischen und wieder wird die Landesregierung Jahre später das machen, was wir bereits vorgeschlagen haben.

Schutz unserer Demokratie - so nicht!

Das Europäische Parlament hat heute über eine Resolution zur Einmischung des Auslands in Wahlen und zur Desinformation in demokratische Prozesse abgestimmt. Helmut Scholz, verfassungspolitischer Sprecher der Delegation, kommentiert die Abstimmung:

„Wir müssen das demokratische Funktionieren unseres Rechtstaats vor äußeren Einflüssen und Desinformationskampagnen schützen, sonst wird das gesellschaftliche Zusammenleben untergraben. Daran ist nicht zu rütteln. Die heutige Resolution des EPs wird jedoch gerade diesen Schutz in keiner Weise verbessern. Mit ihr wird eher das demokratische Verständnis instrumentalisiert. Auch im auswärtigen Handeln der EU gegenüber Drittstaaten.“

„Nicht nur die gegenseitigen Vorwürfe von Einmischungen in Wahlen, sondern auch der Brexit und die Skandale um Cambridge Analytica und Facebook zeigen deutlich, dass Demokratie bedroht ist. Der Einfluss der sozialen Medien auf die Politik wächst täglich. Durch fehlende Regeln werden leider immer öfter Lügen gestreut, Panik gemacht, Menschen manipuliert. Die zunehmende rechtsextreme Gewalt zeigt, wozu diese Manipulation im schlimmsten Fall führen kann. Wir müssen ein Gleichgewicht finden zwischen der Meinungsfreiheit in den sozialen Medien und dem Schutz unserer Demokratie. Das lässt die heutige Entschließung aus.“

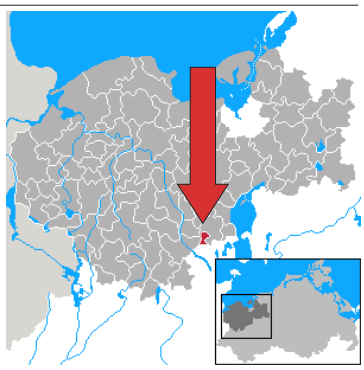
„Wir brauchen reale Lösungen für die Stärkung von Demokratie und die Ablehnung jeglicher Versuche ihrer Aushöhlung. Deshalb haben wir diese Resolution einstimmig abgelehnt.“

Kommunal- und Europawahl

Auch in Pingelshagen war der allgemeine Deutschlandtrend sichtbar.

Die Wahlergebnisse vom 26.05.2019 stimmten uns im Amtsbereich Lützow-Lübstorf nachdenklich. Bei der Europawahl steuerte die LINKE im Landkreis Nordwestmecklenburg mit 12,9% der Stimmen (2014 17,8%) zum Ergebnis des Landes MV mit 13,9% (2014 19,6%) nicht gerade unterstützend bei. Deutschlandweit erreichten wir 5,5% der Stimmen. Im Kreistag haben mit nur noch 16,4% der Wählerstimmen auch einen Sitz verloren. 10 Genossen werden uns vertreten. In 4 von den 15 Gemeinden des Amtsbereiches traten Vertreter der LINKEN als Kandidaten für die Gemeindevertretungen an. In den 4 Gemeinden sind je 1 Kandidat von uns gewählt worden. Traditionell dominierten Wählergemeinschaften die Listen der Wahlbewerber. In einigen Orten konnte die CDU relativ viele Bürger für ihre Listen gewinnen, so z.B. in Brüsewitz mit 9 Kandidaten. In Pingelshagen stellten sich 2 Mitglieder der LINKEN in einer Wählergemeinschaft zur Wahl. Einer wurde gewählt. So sind wir in einem Drittel aller Gemeinden des Amtes vertreten.

Bei der Europawahl spielten politische Ansichten und das Auftreten der Parteien mit ihrem jeweiligen Spitzenpersonal zur Darlegung ihrer Ziele eine große Rolle. Das „ja“ zur europäischen Union, verbunden mit sozialer Gerechtigkeit, mutigem Klimaschutz und Frieden haben nicht unbedingt den Nerv vieler Bürger getroffen. Die erlebten Diskussionen verdeutlichten, dass viele Errungenschaften schon selbstverständlich sind, aber verstärkt Vorbehalte gegen ausländische Mitbürger auf der Tagesordnung standen. Leider auch bei eher links eingestellten Bürgern. Für mich eine Schlussfolgerung: Mehr Wagenknecht hätte uns gut getan. Sie ist nach wie vor die anerkannteste Persönlichkeit der LINKEN in den neuen Bundesländern. Ihr Rückzug aus der Fraktionsspitze der Bundestagsfraktion wird ein Verlust. An der Stelle kann ich nur den LINKEN Bundestagsabgeordneten Fabio de Masi unterstützen, als er sagte: „Eine Kopie der Grünen zu sein, reicht für die LINKE nicht. Wer die Umwelt retten will, muss sich mit Reichen und Konzernen anlegen und auch Menschen erreichen, die Angst vor dem Abstieg haben.“ Auch in Pingelshagen war bei der Wahl der allgemeine Deutschlandtrend sichtbar. Die CDU kam auf 68 Stimmen (2014 93), die SPD auf 65 (2014 87) die LINKE auf 44 (2014 51). Steigern konnten sich die AFD von 21 (2014) auf 40 und die Grünen von 17 (2014) auf 38. Die Wahlbeteiligung lag im Ort bei der Europawahl und beim Kreistag bei 65%. An der Wahl zur Gemeindevertretung und zum Bürgermeister nahmen 85,3% der Wahlberechtigten teil. Die Teilnahme einer neuen Wählervereinigung an der Wahl mobilisierte viele Bürger. Es gab einen regen Austausch von Gedanken und Ideen. Grundlage waren Wahlflyer beider Wählergemeinschaften mit der Vita aller Kandidaten. Für die Kreistagswahl wären solche Flyer auch von Vorteil gewesen. Leider hatten wir keine zum Verteilen. Viele Bürger wählen auch auf Kreisebene Kandidaten, die sie kennen. So konnte Pingelshagen mit 22,4% zum Ergebnis im Kreis mit 16,4% Stimmenanteil für die LINKE beitragen.



Von Karl-Heinz Bethke

Die aktuelle türkische Invasion in Syrien verschärft die Nah-Ost Konflikte

Die aktuelle türkische Invasion in Syrien verschärft die Nah-Ost Konflikte

Die Ambitionen Erdogans, die Türkei zur dominierenden Regionalmacht zu entwickeln, haben durch die Niederlage der von ihm offen oder verdeckt unterstützten Terrororganisation IS nicht den erwünschten Erfolg erzielt.

Die aktuelle türkische Invasion in Nord-Ost-Syrien soll durch Okkupation von Teilen Syriens vom Ufer des Euphrats bis an das Ufer des Tigris, die unter Kontrolle der Kurden stehen, einiges korrigieren.

Die militärisch jetzt starken Kurden, die die Hauptkraft der von den USA geführten Allianz gegen den IS waren, sollen geschwächt werden. Auch der in der Türkei lebenden Flüchtlinge möchte man sich entledigen.

Verhindert werden soll auch die Landverbindung zwischen Syrien und dem Irak, die darüber hinaus auch dem Iran und dem Libanon nützt.

Zu Beginn zielte die türkische Aggression auf die drei in Grenznähe liegenden Städte, eine Reihe von Dörfern und deren Umgebung. Sie konzentrierte sich auf die Infrastruktur sowie auf wichtige Versorgungsgüter wie Wasser, Strom, Dämme, Ölanlagen und Wohnviertel. Neben den enormen Zerstörung der Infrastruktur, kamen auch eine Reihe von Zivilisten ums Leben.

Rauch über der syrischen Stadt Ras al-Ayn nach türkischen Luftangriff am 11. Oktober 2019

Die syrischen Kurden sind nun mit einer Realität konfrontiert, vor der sie seit Langem von Syrien und auch von Russland gewarnt wurden.

Die weitreichende Autonomie, die ihnen von der syrischen Regierung angeboten wurde, reichte ihnen nicht. Sie strebten nach einem eigenen Staat, "Kurdistan", der die jetzigen Siedlungsgebiete der Kurden in Syrien und im Irak ein schließen sollte.

Wirtschaftlichen Rückhalt sollte Ihnen nicht nur die Kontrolle der Staudämme entlang des Euphrats geben, sondern auch die größten syrischen Öl- und Gasressourcen, die während der Kämpfe gegen den IS unter ihre Kontrolle geraten waren.

Durch die Verbindung mit den Amerikanern glaubte man Sicherheit sowohl vor der türkischen als auch vor der syrischen Armee zu haben.

Von Russland vermittelte Verhandlungen zwischen den Kurden und der syrischen Regierung scheiterten und hatten sogar den Tod des russischen Verhandlungsführers und seiner Begleitung zur Folge.

Nach der veränderten Lage forderte der stellvertretende syrische Außenminister Faisal Mekdad jetzt die syrischen Kurden auf, sich Damaskus wieder anzuschließen, alles andere würde sie in den Abgrund ziehen.

Man denke über eine "Partnerschaft mit dem syrischen Präsidenten Baschar al-Assad nach", wurde der SDF-Oberkommandierende Mazlum Abdi vom Rojava Netzwerk am Dienstagmorgen zitiert. Ziel sei "der Kampf gegen die türkischen Streitkräfte".

Russland strebt eine Verhandlungslösung zwischen der syrischen Regierung, den Kurden und der Türkei an.

Horst Neumann
12.10.2019

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG

Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung

In den vergangenen Monaten hat der Freundeskreis Rosa Luxemburg wieder interessante Veranstaltungen angeboten.

Im Rahmen der Interkulturellen Wochen haben wir im September in der Reihe Rosa Looks im Filmbüro zwei Filme gezeigt, die bei den Zuschauern eine gute Resonanz fanden. Der sehr nachdenklich stimmende Film „Styx“ behandelt das brandaktuelle Thema der Seenotrettung von Flüchtlingen. Die Notärztin Rike (Susanne Wolf) muss während ihres Segelurlaubs auf dem Atlantik eine schwere Entscheidung treffen, als sie den Weg eines sinkenden, mit Flüchtlingen überladenen Fischerbootes kreuzt und auf ihre Notrufe keine Rettungskräfte eintreffen.

Im Dokumentarfilm „Congo Calling“ greift der Regisseur Stephan Hilpert das Thema Entwicklungshilfe auf. Im Fokus des Films stehen drei Entwicklungshelfer, die im Osten der Demokratischen Republik Kongo, einem der ärmsten und unsichersten Regionen der Welt, die Bevölkerung unterstützen. Drei persönliche Perspektiven auf das Zusammenleben und Zusammenarbeiten zwischen Europa und Afrika – und die Frage: Wie hilfreich ist die Hilfe des Westens.

Im Oktober hat sich der Sportjournalist Christoph Ruf in einer Lesung aus seinem Buch „Fieberwahn – wie der Fußball seine Basis verkauft“ mit den Folgen der Kommerzialisierung auseinandergesetzt. Hinter der glitzernden Fassade des Profifußballs brodelt es. Fans fühlen sich entmündigt und schikaniert, Proteste gegen Kommerzialisierung und Kollektivstrafen nehmen an Vehemenz zu und werden längst nicht mehr nur von Ultras getragen. An der Basis, von Amateurvereinen bis zur 3. Liga, wächst die Wut auf Verbände, die sich nur noch um die Branchenriesen kümmern. Sein Fazit: Der deutsche Fußball sägt gerade den Ast ab, auf dem er sitzt.

Am 05. November hat Dr. Michael Herms über seine Reise mit der transsibirischen Eisenbahn durch Sibirien, die Mongolei und China berichtet. Dr. Michael Herms war langjähriger Leiter des Regionalbüros der Rosa-Luxemburg-Stiftung MV, bevor er 2019 in den wohlverdienten Ruhestand ging. Er hat uns Eindrücke über den Charme der langen Eisenbahnfahrt, von den Kulturen und den vielfältigen Begegnungen mit den Menschen dieser Länder vermittelt.

Auch für das nächste Jahr bereitet der Freundeskreis wieder mehrere politische Bildungsveranstaltungen vor. Im Januar wollen wir uns dem Thema „Überwachung und virtuelle Realität“ zuwenden und im Februar haben wir vor, mit Landwirten über die Bewirtschaftung der Felder ohne Glyphosat zu sprechen.

Einen Höhepunkt wird vom 16. März bis 03. April die Ausstellung „Schicksal Treuhand – Treuhand Schicksale“ in der Gerichtslaube des Wismarer Rathauses bilden, beginnend mit einer wirkungsvollen Eröffnungsveranstaltung. 9000 volkseigene Betriebe mit insgesamt 4,1 Millionen Arbeitsplätzen sollte die Treuhandanstalt innerhalb kürzester Zeit „markttauglich“ machen. Die Betriebe wurden privatisiert oder liquidiert. Millionen Menschen wurden arbeitslos. Wie erging es den Menschen dabei? Davon erzählt die Ausstellung.

Während der Ausstellung planen wir im Zeughaus eine Lesung mit Daniela Dahn aus ihrem neuen Buch „Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute“ Die Einheit – eine Abrechnung. Drei Jahrzehnte ist der Fall der Mauer her, aber die innere Spaltung zwischen Ost und West ist nicht überwunden. Es wird Zeit, so Daniela Dahn, nicht nur das DDR-Erbe aufzuarbeiten, sondern auch die 30 Jahre danach.

Peter Vorbau

Schatzmeister ohne Schatz

Liebe Genossinnen und Genossen,

Beim letzten Kreisparteitag am 17. August wurde ich zum neuen Schatzmeister unseres Kreisverbandes gewählt. Ich bedanke mich für das entgegengebrachte Vertrauen und freue mich auf die Herausforderungen, welche das Amt des Kreisschatzmeisters mit sich bringt. Für die geduldige Hilfe bei der Einarbeitung bedanke ich mich herzlich bei Sigrid Sandmann und Mario Menzzer.

Ich möchte hier im Wellenbrecher nun die Gelegenheit nutzen und mich auch denen, die bei dieser Veranstaltung nicht vor Ort waren, kurz vorzustellen.

1967 geboren und aufgewachsen als Ostberliner, verbrachte ich die Sommer oft bei meinen Großeltern in Schönwolde. Später, während meines Elektrotechnikstudiums in Wismar, fuhr ich regelmäßig meine Eltern in Gadebusch, wo sie derweil hingezogen waren, besuchen. Nach Jahren der Arbeit als Entwicklungsingenieur für Medizinprodukte in Berlin und Wismar verschlug es mich 2006 dann dauerhaft für 5 Jahren nach Südchina, wo ich nicht nur meine Frau kennenlernte, sondern auch unsere erste Tochter in Shenzhen, der High-Tech-Metropole Chinas mit mehr als 20 Millionen Einwohnern gleich neben Hong Kong, geboren wurde. 2012 machten wir für ein Jahr Zwischenstopp in Gadebusch, wo nun unsere zweite Tochter zur Welt kam. Mit den beiden Kleinkindern ging es dann für die nächsten 6 Jahre nach Hawthorne, in der Nähe von Los Angeles in Südkalifornien, wo ich als technischer Leiter für die Entwicklung von Medizinischen Sensoren tätig war.

Letztes Jahr nun, nach dem Tod meiner Mutter, Luise Krüger, beschlossen meine Frau und ich, die USA zu verlassen und nach Deutschland zurückzukehren. Nicht zuletzt deshalb, weil die Kinder schulpflichtig wurden und wir sie gerne in der wunderschönen Gadebuscher Grundschule lernen lassen wollten. Dank der tatkräftigen Unterstützung von Freunden und Nachbarn ist uns dieser einschneidende Schritt dann auch viel leichter gefallen.

Beruflich bin ich bei bluepoint medical, einer innovativen Medizintechnikfirma in Selmsdorf als Technologie-Manager tätig und kümmere mich dort unter anderem um den Bereich der Sauerstoffsättigungssensoren, welche in China gefertigt werden.

Gesellschaftlich betätigte ich mich in der Vergangenheit aktiv im Studentenrat der TH Wismar sowie dem Kinder- und Jugendverein "Robin Hood" Mecklenburg-Vorpommern e.V. und später dann im THW Wismar. Seit kurzem wirke ich nun im Rechnungsprüfungsausschuss der Stadt Gadebusch und vertrete die Interessen der Gadebuscher Bürgerschaft im Aufsichtsrat der Wohnungsgesellschaft Radegasttal.

Im Übrigen bin ich der Meinung, dass der Kapitalismus überwunden werden muss.

Die Bundestagsfraktion der LINKEN hat eine neue Spitze gewählt. Dietmar Bartsch wurde in seinem Amt als Fraktionsvorsitzender bestätigt. Neu hinzu stößt Amira Mohamed Ali, die sich in der Stichwahl gegen Caren Lay durchsetzte. Sie tritt damit die Nachfolge von Sahra Wagenknecht an, die die Geschäfte der Fraktion seit 2015 leitete und dieses Mal nicht mehr kandidierte.

Für eine Zukunft frei von Hartz IV und Armut - Eine kritische Bilanz nach 15 Jahren

Von © Superbass / CC BY-SA 4.0

Von Katja Kipping

Am 1. Januar 2020 sind die Hartz-IV-Gesetze 15 Jahre in Kraft. Ich nehme das zum Anlass für eine kritische Bilanz, einen Blick nach vorn und einen Dank.

Armut per Gesetz

Unsere Partei hat seit seiner Erfindung Hartz IV kritisiert. Was mussten wir uns anhören, als wir plakatierten: Hartz IV ist Armut per Gesetz. Doch wir können das mit offiziellen Zahlen untermauern.

Die Armutslücke, also die Differenz zwischen der durchschnittlichen Hartz-IV-Leistung und der Armutsgrenze beträgt inzwischen über 390 Euro im Monat. Das heißt, ein Alleinstehender in Hartz IV, der keine weiteren Einkommen hat, lebt rund 390 Euro unter der Armutsgrenze.

Unterm Damoklesschwert Sanktionen

Mehr als jeder dritte Widerspruch gegen Sanktionen bekommt ganz oder teilweise Recht.

Das heißt, im Alltag werden Sanktionen vorgenommen, die selbst nach den harten Gesetzen keinen Bestand haben. Menschen wird also unrechtmäßig das Existenzminimum gekürzt. Menschen, die in der Regel kein finanzielles Polster haben.

Auch Kinder sind indirekt davon betroffen: 2018 lebten rund 33 Prozent der Sanktionierten mit Kindern zusammen. Sanktionen gefährden also auch das Kindeswohl.

Karlsruhe schiebt Riegel vor bisherige Sanktionspraxis

Das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts bestätigt: Es gibt ein Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum: "Insbesondere die Menschenwürde ist ohne Rücksicht auf Eigenschaften & sozialen Status wie auch ohne Rücksicht auf Leistung garantiert; sie muss nicht erarbeitet werden, sondern steht jedem Menschen aus sich heraus zu."

Das Gericht hat einen Riegel vor die bisherige Sanktionspraxis geschoben. Nun müssen wir den politischen Kampf um die Neuregelung führen. DIE LINKE wird sich dabei für Sanktionsfreiheit einsetzen. Was mich besonders froh stimmt: Der Widerstand gegen die Sanktionen ist in den letzten Jahren immer mehr gewachsen. Wir werden immer mehr.

Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt

Übrigens stellt die Regierung für die Arbeitsvermittlung von Hartz-IV-Betroffenen pro Kopf nur ein Fünftel der Summe zur Verfügung, die in der Arbeitslosenversicherung zur Verfügung steht.

Kein Wunder, wenn dann jede 2. Arbeitsaufnahme nicht aus dem Hartz-IV-Bezug herausführt und mehr als jede 3. Arbeitsaufnahme kürzer als 6 Monate dauert. Hartz IV – das bedeutet eben auch Arbeitsvermittlung mit Drehtüreffekt. Kaum ist man raus, ist man schon wieder drin.

Angriff auf Arbeitsstandards

Im Zuge von Hartz IV hat die Bereitschaft zugenommen, schlechte Jobs anzunehmen. Hartz IV – das ist also auch ein Angriff auf Arbeitsstandards und Löhne. Umso absurder ist es, wenn die Hartz-IV-Fraktionen den Eindruck erwecken, niedrige Regelsätze seien im Interesse der hart arbeitenden Menschen.

Natürlich die Beschäftigten verdienen mehr. Deshalb unterstützen wir ja ihre Kämpfe um höhere Löhne. Was jedoch hat z.B. die Pflegekraft davon, wenn es den Hartz-IV-Betroffenen weiterhin schlecht geht? Kann sie davon ihren Kindern auch nur ein Paar Schuhe mehr kaufen? Nein.

Blick nach vorn

15 Jahre Hartz IV – ist auch ein Anlass nach vorne zu schauen. Es ist höchste Zeit, Hartz IV zu überwinden durch gute Arbeit, die zum Leben passt, eine verbesserte Arbeitslosenversicherung, eine eigenständige Kindergrundsicherung sowie eine sanktionsfreie Mindestsicherung. Freiheit von Armut für alle ist möglich!

Wo Solidarität praktisch wird

An dieser Stelle möchte ich einmal danke sagen: Mein ganzer Respekt gilt den vielen Initiativen, die weiter beharrlich gegen Hartz IV kämpfen, die unabhängige Beratung leisten und die deutlich machen: Keiner muss allein zum Amt. Sie leisten tagtäglich praktische Solidarität. Ihr Einsatz ist eine wahre Leistung für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Lasst uns gemeinsam weiterkämpfen! Und zwar solange, bis Hartz IV und Armut in die Geschichtsbücher verdammt sind. Für eine Zukunft ohne Hartz IV und frei von Armut.

Herzliche Glückwünsche

Der Kreisvorstand der LINKEN Nordwestmecklenburg gratuliert allen Mitgliedern unseres Kreisverbandes sehr herzlich, die im Oktober und November sowie im Dezember 2019 Geburtstag hatten und haben.

Ganz besonders herzliche Glückwünsche gehen an unseren Genossen Hans Eggert zum 95. Geburtstag. Genosse Horst Kleibert erhält Glückwünsche zum 93. Geburtstag und Genossin Grete Müller gratulieren wir zum 92. Geburtstag. Zum 91. Geburtstag gehen alle guten Wünsche an Genossen Gerhard Reichelt und zum 90. Geburtstag gratulieren wir Genossen Heinz Brumme.

Zum 89. Wiegenfest erhält Genosse Hans-Ulrich Kurth herzliche Glückwünsche und zum 85. Geburtstag gratulieren wir Genossin Eva Mielke.

Ganz herzliche Glückwünsche zum 84. Geburtstag übermitteln wir an Genossin Sonja Bahlk sowie an die Genossen Joachim Ewald, Paul Koeppe und Dr. Hans - Peter Aurich.

Glückwünsche zum 83. Wiegenfest gehen an die Genossen Werner Müller und Helmut Oldenburg. Genossin Hildegard Pätzold und Genosse Werner Freudenreich beglückwünschen wir zum 82. Geburtstag und zum 81. Geburtstag wünschen wir Genossen Manfred Bandilla sowie den Genossen Hubert Hausold und Bruno Neumann alles erdenklich Gute.

Zum 80. Wiegenfest gehen alle guten Wünsche an die Genossinnen Barbara Drobig, Rosemarie Raddatz und Gisela Graupmann sowie an den Genossen Horst Schröter.

Glückwünsche zum 65. Geburtstag gehen an Genossin Lydia Schulz und Genossen Rainer Wilm.

Alle guten Wünsche zum 61. Geburtstag übermitteln wir Genossin Gabriele Sauerbier und Genossen Frank Wuttke. Zum 60. Geburtstag wünschen wir Genossin Gundula Siegerth und Genossen Andreas Bluhm alles erdenklich Gute und zum 55. Wiegenfest gratulieren wir Genossen Jörg Möller ganz herzlich.

Wir wünschen allen Geburtstagskindern alles erdenklich Gute, vor allem Gesundheit, und danken ihnen für ihre langjährige aktive Parteiarbeit.